

Guten Abend, meine Damen und Herren, ich nehme an, Sie hatten über das verg. Wochenende einen höchst angenehmen Lesestoff. Den gemeinsamen Beschluß über die weitere Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung der DDR. Ich hatte ausserdem eine höchst vergnügliche Lektüre, schon fast kabarettistisch, wenn auch an Unterhaltsamkeit nicht gerade durch einfaltsreiche Einseitigkeit eingeengt und lade Sie herzlich ein, an diesem Vergnügen teilzunehmen. Dabei geht es in diesem kommenden 15-minütigen Einakter weniger um Darsteller als vielmehr um die Tendenz des Stückes. Eine erfolgreiche Partei im Spiegel ihrer Neider. Hier einen Ausschnitt aus dem Deutschlandfunk.

(Einblende BRD-Funk)

Die DDR muß künftig mehr leisten und kann weniger konsumieren. Die Bevölkerung weiß aber auch, daß sie schon jetzt nicht einmal das konsumieren kann, was sie fortwährend leistet.

Weiß Gott, dieser Mann da, kein einsamer Rufer in der Wüste. Man spürt eben wohltuend, wie uns die Freundschaft umlauert.

(Einblende BRD-Sender)

Die Menschen hier sehen daher dem IX. SED-Parteitag mit einer Mischung von Furcht und Hoffnung entgegen. Sie hoffen, daß sich ihr Lebensstandard weiter konsolidiert, daß die Renten für die alten Menschen erhöht, die Arbeitszeit herabgesetzt und die Altersgrenze für Westreisen gesenkt werden. Aber sie fürchten angesichts der wirtschaftlichen Realitäten, daß Devisen- und Importwaren wieder knapper werden und daß sie zu noch grösseren Höchstleistungen angetrieben werden, um im sozialistischen Wettbewerb Soll- und Übersoll zu erfüllen.

Ganz genau wie schon einmal ähnlich im Dezember des verg. Jahres hatte der "Spiegel" Soll und Haben der DDR auf seine Art ausgekundschaftet. In der letzten Numme des "Spiegel" stand unter der Unterschrift 'va er Ausblick' - beim IX. SED-Parteitag vermied es die DDR-Führung sorgfältig, ihrem Volk konkrete Verbesserungen zu versprechen. Zu unsicher ist die wirtschaftliche Zukunft. Und weiter: Die Parteiführung konnte sich nicht festlegen, die wirtschaftliche Situation der DDR läßt eine weitere Erhöhung der Lebensqualitäten kaum zu. Ebenso wieder der Deutschlandfunk, der sich mutig in die Brust warf:

(Einblende BRD-Funk)

Statt die Werktätigen deutlich und umfassend darüber zu informieren, daß und warum bei der Verteilung des gemeinsam erarbeiteten Kuchens, des produzierten Nationaleinkommens der Anteil des privaten Verbrauchs künftig prozentual schrumpfen soll, vertuscht man diese Absicht.

Wirklich ein schändliches Verhalten, das der Deutschlandfunk da brandmarkt. Man wüßte auch gar nicht, daß die Sozialpolitik der SED reaktionär ist, gebe es nicht jene Erzengel der Wahrheit, wie den CDU-Pressedienst vom 19. Mai beispielsweise, der erbost

erklärt, die Rede Honeckers zeigte erneut, wie reaktionär die SED ihren Sozialismus versteht. Soziale Verbesserungen wie Rentenerhöhung, die 40-Stundenwoche oder die Erhöhung des Lebensstandards wurden vorerst auf Eis gelegt. Mit einem Eifer, wie man ihn nur von den Berufsverböten her kennt, fallen manche Blätter über uns her. Es gab in den ersten vier Monaten nach Veröffentlichung der Dokumentenentwürfe an den Parteitag etwa 1,2 Millionen Zuschriften. Etwa 1,2 Millionen Initiativen. Es gibt eben eine ähnliche Zahl in der Bundesrepublik. Zum erstenmal sank die Zahl der Arbeitslosen unter eine Million. Eine Million Schicksale. Es gab gerade einen anderen Parteitag, den der CDU, aber kein Arbeiter, der da das Recht auf freie Rede gehabt hätte, erst recht keiner von der genannten Million. Aber Sorgen um uns. "Die Welt" vom 18. Mai beispielsweise bemüht sich sogar um eine Erklärung. Es heißt, andererseits läßt die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, die durch wachsende Rohstoffpreise bedrängt wird, erhöhte Investitionen für die Konsumgüterindustrie nicht zu. Und der "Kölner Stadtanzeiger" vom 25. Mai, "die DDR geht wirtschaftlich und sozial auf eine schwierige Strecke". Die Argumente sind fast durchgängig einheitlich, auch in der "Süddeutschen Zeitung" vom 22. Mai. Da heißt es: "Die Bevölkerung der DDR wird wohl eine ganze Weile auf den längeren Urlaub, kürzere Arbeitszeit und höhere Renten warten müssen. Wer nach Gründen für diese Zurückhaltung sucht, braucht sich nur die gewaltigen Verpflichtungen vor Augen zu halten, die sich Ostberlin in den nächsten Jahren aufgeladen hat. Um langfristig ihren Rohstoffbedarf zu decken, hat sich die DDR gegenüber Moskau verpflichtet, bis 1980 7 bis 8 Milliarden Mark in die Erschließung von Rohstoffvorkommen einzubringen."

(Einblende BRD-Funk)

Innerhalb der nächsten vier Jahre wird die DDR nach den Worten von SED-Chef Erich Honecker die gewaltige Summe von 7 bis 8 Milliarden Mark zur Erschließung von Rohstoffvorkommen in der SU und anderen Ostblockstaaten bereitstellen. Das ist der enorme Preis, den 17 Millionen Deutsche für die absolute politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von der SU zu zahlen hat. Dies ist auch der Grund, weshalb die sozialpolitischen Hoffnungen vieler DDR-Bürger auch nach diesem Parteitag nicht in Erfüllung gehen werden.

Abgesehen davon, daß große kapitalistische Länder froh wären, hätten sie solche stabilen und langfristigen, gesicherten Verbindungen wie die DDR sie mit der SU hat, warum sorgt man sich beispielsweise nicht um Japan? Japan investiert da mitunter auf einen Schlag mehr als eine Milliarde Dollar etwa im sowjetischen Fernen Osten, um seinen Energie- und Rohstoffbedarf zu sichern. Die Japaner werden als kluge, ja geradezu als clevere Geschäftsleute apostrophiert, weitsichtig. Und wir brauchen gar nicht so weit zu gehen, große Firmen der BRD investieren doch beträchtlich in der SU und das amerikanisch-sowjetische Verhalten im sowjetischen Fernen Osten wird manchmal geradezu als Wettlauf charakterisiert. Aber wir? Unter ganz anderen Klassenvoraussetzungen dürfen nicht. Der Standpunkt bestimmt offensichtlich die Perspektive. Dieser konzertierten Aktion. "Manchmal kann man sich wirklich des Eindrucks nicht erwehren, für die DDR-Berichterstattung gilt eine vorge-

stanzte Schablone, was nicht reinpaßt, fällt raus." So erkennt beispielsweise die "Süddeutsche Zeitung" am 24. Mai, "...was die Wirtschaftspolitik der DDR betrifft, so könnte das im Palast der Republik zur Schau gestellte Selbstbewußtsein und der dick aufgetragene Optimismus sich bald als Tarnung von Unsicherheit erweisen. Zwar ist an der Erfolgsbilanz der letzten 5 Jahre nicht zu rütteln, aber unter den veränderten Aussenhandelsbedingungen wird es in Zukunft viel schwerer sein, die gesteckten Ziele zu erreichen. Angesichts der hochgeschraubten Erwartungen ist bereits jetzt eine deutliche Enttäuschung in der Bevölkerung zu erkennen."

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 24. Mai schliesst Lohn-erhöhungen völlig aus und stellt kategorisch fest: "Ganz offensichtlich haben sich innerhalb der SED diejenigen durchgesetzt, die angesichts der zusätzlichen Belastungen der Volkswirtschaft keine Möglichkeiten gesehen haben, die so dringlich erwartete Erhöhung der Renten oder die Einführung der 40-Stundenwoche in verbindlicher Form und in naher Zukunft zuzusagen. Ungeachtet aller Zukunftsperspektiven, die auf dem Parteitag aufgezeigt wurden, wird der Alltag der DDR so weitergehen wie bisher."

"...des gesetzlichen Mindesturlaubs. Am Alltag der meisten Deutschen in der DDR dürfte dieser Parteitag zunächst wenig ändern."

"...Erhöhte Löhne könnten nur dort gezahlt werden, wo auch erhöhte Leistungen registriert würden. Der Weg zum sozialistischen Gipfel wird also auch in den kommenden 5 Jahren steinig sein."

Im "Handelsblatt" hört man nicht nur das Gras wachsen, sondern auch die Zähne knirschen. Es heißt da u.a., das Programm wird für den grössten Teil der DDR-Bevölkerung 5 magere Jahre bedeuten. Das Zähneknirschen der DDR-Bürger erfolgt allenfalls hinter vorgehaltener Hand. Wenn den Bürgern in der verg. Planperiode sowohl mengen- wie qualitätsmässig eine bessere Versorgung, höhere Einkommen und eine Kürzung der Arbeitszeit versprochen wurden, so sah man sich jetzt zur Umkehr gezwungen. - Soweit also das "Handelsblatt". Nun gab es ja und gibt es in Berlin wirklich ausreichend Informationsmöglichkeiten. Korrespondenten aus 52 Ländern konnten sich während des Parteitages davon überzeugen, so daß kaum verständlich wird, wie solche Art Interpretationen, die schlichte Verdrehungen in der Realität sind, zustande kommen und der leise Zweifel sei gestattet, daß solche Art Informationen, wie sie hier angeboten werden, kaum der Schlußakte von Helsinki und den darin niedergelegten Prinzip des Informationsaustausches entsprechen wirklich eine freundliche Sprache.

"Der Parteitag der ideologischen Phrasen und der ehrgeizigen Ziele ist vorbei. Es beginnt wieder der Alltag und der wird bestimmt härter werden als die bequemen Sessel des Palastes der Republik, auf denen die Beschlüsse gefaßt wurden."

"Nach dieser Sindermann-Rede wird es in der DDR viele lange Gesichter geben. Denn das Fazit der Sindermann-Rede bedeutet, keine sozialen Vergünstigungen ohne verstärkte Arbeitsleistungen. Und dabei muß die DDR-Führung berücksichtigen, daß sich die Leistungsfähigkeit der DDR-Bevölkerung nicht unbegrenzt steigern läßt."

Der oft verwendete Begriff der Versprechungen geht vom bürgerlichen System aus und spielt gerade jetzt wieder in der Wahlkampagne der BRD eine große Rolle. Begriffe wie die Partei ist für das Volk da, sind in dieser bürgerlichen Gesellschaft undenkbar. Die Frage nach dem Warum des latenten Antikommunismus gegen die DDR wird sicherlich auch nur durch den Blick auf diese Gesellschaft, die die zwei Millionen Kommunisten der DDR mit Berufs-Verboten belegen würde, wenn sie könnte, klarer. Denn dieser attraktive Sozialismus übt natürlich wachsende Ausstrahlungskraft aus. Am 22. Mai hatte es noch geheissen:

"Die 17 Millionen Deutschen in der DDR werden es auf Grund der Parteitagserklärungen als Glück empfinden, wenn es gelingt, den in den letzten fünf Jahren erreichten Lebensstandard zu halten."

Und im Deutschlandfunk vom 21. Mai wurde sogar erklärt:

"Der gestern und heute geschaffene Eindruck, man werde auf den -wie es heißt- bewährten Kurs des VIII. Parteitages weiter steuern, dieser Eindruck ist irreführend."

Also eine Woche vor dem Parteitag, die Woche während des Parteitages und die Woche danach wie wir gesehen haben in schöner Eintracht und Einseitigkeit. Und heute? Man war gespannt, wie das, was nicht sein darf, wie das Unmögliche, wie das Irreführende erklärt wird, wie man sich aus der Affäre ziehen würde. Wahrlich, man sah die Quadratur des Kreises und ein ausgesprochenes Kunststück mit süß-saurer Gratulation, sind es nicht die Arbeiter, die Werktätigen der DDR, die für die Verbesserung des Lebensstandards sorgen, sondern die Korrespondenten haben es bewirkt.

"Vielleicht haben auch die Berichte westlicher Korrespondenten über die Stimmung im Land ein wenig dazu beigetragen. Den Menschen hier in der DDR kann man nur gratulieren, denn nach 31 Jahren haben sie es wirklich verdient, daß es ihnen künftig besser geht."

"Nach Auffassung informierter Beobachter verfolgt die DDR-Führung mit dem neuen Sozialpaket zwei Hauptziele. Erstens sollen schwerwiegende Nachteile im Vergleich zur Bundesrepublik ausgeglichen werden und zweitens soll die Arbeitsmoral der Bevölkerung im Hinblick auf die ehrgeizigen Wirtschaftsziele der DDR-Führung angehoben werden."

Streben nach der Lage der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik garantiert nicht. Das würde doch kein Delegierter des IV. Parteitages ernsthaft akzeptiert haben. Eine Million Arbeitslose, steigende Inflationsraten, Preissteigerungen, hohe Miete, eine Briefmarke zum Beispiel von 50 Pfennigen für den Verkehr von Ort zu Ort, Wohnungen die leer stehen, weil die Mieter sie nicht bezahlen können, soziale Unsicherheit, da hätten wir eine ganze Menge zu tun, um das zu erreichen. Auf der anderen Seite übrigens ein dankbares Feld für Korrespondenten der Bundesrepublik, sich dafür einzusetzen. Kommentar dazu gestern abend eines Arbeiters aus dem Berliner Elektroapparatewerken Treptow:

"Unser IX. Parteitag wird Wort für Wort abgerechnet, was der VIII. Parteitag beschlossen hat, er hat ausserdem die Linie für die nächsten

FS/DDR

21.20 h

- 5 -

31. Mai 1976/Str.

fünf Jahre ganz exakt ausgearbeitet und ich glaube, es wäre der Wahlschlager Nummer 1 in der Bundesrepublik, wenn sie nur wüßten, wie's im nächsten Jahr sicher weitergeht. Wir haben die nächsten 15 Jahre schon anvisiert, wie es weitergehen soll, haben auch schon viele Beispiele, wo in den nächsten Tagen und auch gestern früh, bei der Beratung mit den Schichtarbeitern schon Überlegungen da sind, zusätzliche Aktivitäten, Reserven aufzuspüren."

11.10.1976/Str.